

DER PLATZ DES 23. AUGUST

Die Neugestaltung des Steinplatzes als Revitalisierung des Totalitarismus-Gedenkens?

Der Steinplatz in Berlin-Charlottenburg, auf der Hardenbergstraße gegenüber der TU-Mensa und der Universität der Künste, wurde 2018 komplett neugestaltet. Die Aufenthaltsqualität wurde zuvor bemängelt. Der Platz würde in seiner umpflanzten Insellage kaum wahrgenommen, er habe keine Anbindungen an den benachbarten Stadtraum. Der Bedeutungsverlust dieses einst ganz nahe dem „Schaufenster des Westens“ gelegenen Platzes, im politischen Zentrum West-Berlins also, war nicht nur gartenbaulich, sondern auch architektonisch am Zustand der zwei Gedenkstätten aus den 1950er-Jahren für die Opfer des Stalinismus und die Opfer des Nationalsozialismus abzulesen.



„Ab dem Jahr 2014 organisierte das Bezirksamt mit dem Regionalmanagement CITY WEST mehrere Treffen, bei denen sich institutionelle Anrainer sowie zahlreiche Anwohner*innen engagiert einbrachten. Konsens der Gespräche war [...] eine Nutzungsintensivierung, eine zeitgemäße Gestaltung und die Öffnung des Platzes“, so teilte das Bezirksamt zur Eröffnung des Platzes vor einem Jahr, im August 2018, mit.¹ Das Know-how der benachbarten Technischen Universität wurde

eingebunden, schließlich wird hier Landschaftsarchitektur studiert. 2015 wurde der Wettbewerb „Campus meets Steinplatz“ gestartet, 13 studentische Entwürfe wurden eingereicht und bewertet. In der Ausschreibung wurden die Studierenden unter anderem dazu aufgefordert, auf den „Umgang mit den Denkmälern“ zu achten.²

Die zwei Gedenksteine stehen in allen eingereichten Entwürfen nicht im Mittelpunkt des Interesses, aber sie sind stets präsent und werden in ganz unterschiedlicher Form in einen neuen Platz integriert. In drei Entwürfen werden die Gedenksteine sogar verrückt, finden sich also an anderer Stelle auf dem Platz wieder: In einem Entwurf hätten sie nicht mehr nebeneinander an der Hardenbergstraße gestanden, sondern einander den Rücken kehrend an der Nordwest- und Südostseite des Platzes.³ In einem anderen Entwurf hätten sie einen enormen Bedeutungszuwachs für die Platzgestaltung bekommen, indem sie die Platzseite gewechselt, näher



zueinander gerückt und in Verlängerung der Carmerstraße einander gegenüber gestellt worden wären.⁴ In einem dritten Entwurf schließlich hätten sie die Flucht der Hardenbergstraße verlassen, denn die Platzfläche wäre insgesamt, mit den Denkmälern um rund 30 Grad gedreht worden.⁵

Der Gewinnerentwurf von Leon Giseke, Lasse Malzahn und Lucas Rauch mit dem Titel „Aufschließen“ lässt



die Steine, wo sie sind. In ihrem Wettbewerbsbeitrag kann man in einer Draufsicht erkennen, dass sie den Platzflächen vor den jeweiligen Steinen unterschiedliche Formen zugedacht hatten. Wie aber im Detail der konkrete landschaftliche „Umgang mit den Denkmälern“ aussehen soll, bleibt unbestimmt. Eine wichtige Rolle werden die Steine für sie nicht gespielt haben, weder im Wettbewerbsbeitrag noch im Interview zum Siegerentwurf äußern sie sich dazu.⁶ Auf Grundlage ihres Entwurfs setzte das Landschaftsarchitekturbüro Schirmer-Partner die Neugestaltung ab Ende 2017 um.⁷ Zuvor zitierte der Tagesspiegel noch den damaligen Baustadtrat Marc Schulte, die Mahnmale sollen „neu geordnet“ werden. „Was genau dies bedeutet, blieb zunächst offen.“⁸

Die Neuordnung ist verblüffend: Die zwei Steine sind nun in komplett baugleiche Gedenkanlagen eingebettet. Die Steine in ihrer Form und die Lettertypen und Formgebung der Inschriften sind zwar unterschiedlich, denn sie weisen ja auf unterschiedliche Verbrechen hin. Der erste Eindruck, den Menschen im Vorbeigehen

bekommen müssen, ist jedoch, dass es sich um etwas Gleiches handelt. Sowohl der Stalinismus- wie der Nationalsozialismus-Stein stehen am Ende von grauen Naturstein-Schotterfeldern, auf die sechs Reihen massive, in gleichem Grau gehaltene Natursteine zuführen. Diese massiven Steine, so könnte man meinen, sind durch die Wucht der von den Gedenksteinen repräsentierten Verbrechen in Schotter gebrochen; naheliegender ist bei einem Schotterbett auch die Assoziation mit Gleisschotter, damit auf Deportationszügeweisend.

Verblüffend ist diese geschichtslose Baugleichheit deshalb, weil die Eröffnung des Steinplatzes am 14. August 2018 mit einer außerordentlich anregenden historisch-politischen Kunstaktion begann. Die Künstlerinnen Stefka Ammon und Katharina Lottner, sie nennen sich „mmtt“, hatten mit „Steinplatz reloaded“ ein Konzept entwickelt, „das der neuen Gestaltung wie der Geschichtlichkeit des Ortes Rechnung trägt. [...] Denkmäler und Mahnmale für Ereignisse und Erinnerungen aus 133 Jahren, die sich auf und um den Steinplatz herum abgespielt haben, wurden auf den

Platz zurückgebracht.“ Allerdings: Die – phantasierten – Denkmäler und Mahnmale waren in transparenten, aber nicht durchsichtigen Container verpackt und nur schemenhaft zu erahnen. „Mit Hilfe von Beschriftungen, Führungen und der unglaublichen Kraft der Imagination konnte das Experiment trotzdem in seiner ganzen Schönheit und Tiefe von den Besuchern erlebt werden.“⁹ Ein Denkmal für die ersten Professorinnen der Künste war dabei, eines für Charlotte Salomon, für Cemal Kemal Altun, Talât Pascha und Soghomon Tehlirian.¹⁰ Wo so virtuos Geschichte im Raum präsentiert wird, da müsste die Auseinandersetzung mit Stalinismus- und Nationalsozialismus-Steinen aus den 1950er-Jahren doch eigentlich kreativer sein!

Verblüffend ist die Baugleichheit darüber hinaus, weil es seit Jahrzehnten wiederkehrende Debatten zum Gedenken an die Opfer von Gewaltherrschaft(en) gibt, die Gleichsetzungen kritisch infrage stellen. Das Aktive Museum trat dabei als Akteur oft in Erscheinung, so vor 25 Jahren, als der Verein gegen die Umgestaltung der Neuen Wache zur „Gedenkzentrale“ Stellung bezog. Dabei ging es nicht nur um einen Protest gegen die Gleichsetzung im Gedenken an Opfer und Täter, sondern auch um die Forderung nach einem differenzierten Gedenken an die unterschiedlichen Opfergruppen: „Wir brauchen viele Orte des Gedenkens!“, so ist der Appell von Christine Fischer-Defoy überschrieben.¹¹ Als das Europaparlament 2009 einen „Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ beschloss, schimpfte Gerhard Schoenberger an dieser Stelle über den „Versuch, die Totalitarismustheorie zu reanimieren“ und darüber, „gänzlich ahistorisch [...] die Opfer dieser Systeme in eine Gemeinsamkeit zu zwingen, die sie durchaus nicht wollen.“¹²

In den 1950er- und 1960er-Jahren wurde in Berlin an mehreren Orten eine solche Opfer-Gemeinsamkeit gestiftet. Am Steglitzer Kreisel, rechts vor der Matthäuskirche an der Schlossstraße, wurde am 9. November 1960, dem Gedenktag an den Novemberpogrom, eine Skulptur von Gisela Boeckh von Tzschoppe errichtet, „Der Gefesselte“, als Gedenkzeichen „den Verfolgten von 1933-1945“ gewidmet. Am Vorabend zum Tag der



Deutschen Einheit, am 16. Juni 1965, folgte links der Kirche das Denkmal „Leid an der Mauer“ von Gerd-Dieter Popielaty.

„Hier wie an mehreren anderen Orten der Stadt“, so kommentiert Stefanie Endlich in ihrer Dokumentation zu den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, „wurden Denkmäler für NS-Opfer und

für Stalinismus-Opfer bewusst in Korrespondenz zu einander aufgestellt, in einer für die Nachkriegszeit charakteristischen Gleichsetzung von NS-Terror und Unterdrückung in der DDR.“¹³

Die Aufstellung der Steine am Steinplatz ist ein Jahrzehnt älter. Die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.“ (VOS), im Februar 1950 von ehemaligen Häftlingen des sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen gegründet, initiierte die Mahnmalssetzung. Am 5. November 1951 wurde der Stein eingeweiht.¹⁴ In der Folge wurde er nach 1953 Ort für Gedenkveranstaltungen zum Volksaufstand vom 17. Juni, nach 1961 für Gedenkveranstaltungen am 13. August, dem Tag des Mauerbaus. Bis heute finden sich an beiden Tagen Kränze unterschiedlicher staatlicher und nichtstaatlicher Akteure am Stalinismus-Stein. Die VOS publizierte in ihrer Vereinszeitung 2018 ein Foto ihres Geschäftsführers Hugo Diederich nach der Kranzniederlegung am 17. Juni – die Veränderung des Denkmals kommentierte sie nicht.¹⁵

Zwei Jahre später, am 9. November 1953, dem 15. Jahrestag der November-Pogrome von 1938, kam es am Steinplatz zu der von Stefanie Endlich konstatierten „Korrespondenz“. An eine solche hatten die Initiatoren des den Opfern des Nationalsozialismus gewidmeten Steins, der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN), zunächst nicht gedacht. Die aus Spendenmitteln finanzierte Setzung sollte am Knie, dem heutigen Ernst-Reuter-Platz, erfolgen, später einigte man sich auf den Standort am Steinplatz. Der Stein steht nicht nur wegen des Datums der Einweihung und wegen der folgenden Gedenkfeiern, die hier zum Jahrestag der Novemberpogrome stattfinden, in einem Bezug zum 9. November: Auch vom Material her ist er mit dem Datum verbunden, da er aus Steinen der am 9./10. November 1938 geschändeten Synagoge in der nahe gelegenen Fasanenstraße gebaut ist.¹⁶

Auffällig am Stein ist über der Inschrift ein Symbol: ein auf der Spitze stehendes Dreieck, auf dessen oberem Schenkel die Buchstaben K und Z stehen. Sie sind so angeschrägt, dass sie den linken und rechten Schenkel

zu verlängern scheinen. Das Dreieck kann als Fackel interpretiert werden, die Buchstaben als zwei Flammen, die über ihr züngeln. Fackelträger, Fackelmärsche, eine (ewige) Flamme – früher stärker als heute geläufige weihevoll Beigaben für Gedenkveranstaltungen. Das Symbol war in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR in ähnlicher Form an NS-Gedenkzeichen zu finden. Vorbild war das erste Logo der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), bei dem aus dem Dreieck die drei Buchstaben VVN in gleicher angeschrägter Form empor stiegen.¹⁷

Die Verwendung des Symbols 1953 am Steinplatz ist insofern erstaunlich, als dass der Initiator des Steins, der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN), eine Gegenründung zur VVN war. Die VVN galt in West-Berlin und in der Bundesrepublik als kommunistisch unterwandert,¹⁸ eine Orientierung an ihrer Ästhetik lag daher für den BVN nicht nahe. Im ersten Aufruf des BVN wurde der VVN vorgeworfen, „Schrittmacher für ein neues totalitäres System“ zu sein: „[...] unserer jungen, werdenden Demokratie drohen: Neo-Nazismus, Neo-Antisemitismus, Militarismus und Totalitarismus jedweder Prägung.“¹⁹ Schon vor der Trennung erhob der (noch-)VVN Bayern 1949 in den VVN-Nachrichten „schärfsten Protest gegen die Errichtung und Beibehaltung von Konzentrationslagern [...]. Sie verlangt schärfste Aburteilung aller Verbrecher gegen die Menschlichkeit.“²⁰

„Konzentrationslager“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ waren im Jahr 1949 mit dem NS-Unrecht verbundene Begriffe, durch NS-Prozesse waren sie ins öffentliche Bewusstsein getragen worden. Am Steinplatz wurden sie in den folgenden Jahren zu Begriffen, die den Stalinismus und die poststalinistischen Regime mit dem Nationalsozialismus gleichsetzen sollten. Damit wurde sprachlich vollzogen, was die benachbarten, „korrespondierenden“ Steine architektonisch zum Ausdruck brachten. Zum Gedenken an den 17. Juni wurde auf einem Schild am Stein für die Opfer des Stalinismus 1964 an „56.000 Tote in den Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen und anderen KZ's“ von 1946-1949 gemahnt und damit eine



bruchlose Fortführung des NS-KZ-Regimes suggeriert. 1966 setzten Demonstrant*innen auf einem Fackelzug zum Steinplatz anlässlich des 17. Juni 1953 auf einem Transparent Hammer und Zirkel aus dem DDR-Staatswappen neben das Hakenkreuz: „Symbole des Terrors – Symbole der Unmenschlichkeit“.

Dabei blieb unbenommen, dass der Steinplatz mit dem Stein für die Opfer des Nationalsozialismus auch ein herausragender Ort für die kritische Auseinandersetzung mit der Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden war, jenseits der totalitaristischen Überformung. Gerd Kühling berichtete im letzten Mitgliederrundbrief des Aktiven Museums von der „Hakenkreuz-Schmierwelle“ in Berlin Anfang 1960. Die Proteste am 8. Januar und am 18. Januar 1960 benannten die Probleme, ohne antikomunistische

Relativierungen: Antisemitismus und Neonazismus sowie NS-Kontinuitäten in Regierungsämtern. Die Kundgebungen am Steinplatz waren damit Teil „eines Wandels hin zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit“.²¹

Am 23. August 2019 jährt sich zum 80. Mal der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt („Hitler-Stalin-Pakt“, ergänzt durch den „deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag“ vom 28. September 1939). Im April 2009 hatte das Europaparlament dieses Datum zum Anlass genommen, einen „Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ zu beschließen. Von der Reaktion Gerhard Schoenberners, des Mitgründers des Aktiven Museums, war oben schon die Rede. Tagesspiegel-Redakteur Malte Lehming nahm den diesjährigen 27. Januar zum Anlass,

darauf hinzuweisen, dass „auch die Verbrechen anderer totalitärer Ideologien thematisiert werden“ müssten: „Dass der 23. August [...] verschämt verschwiegen wird, ist blamabel.“²²

Selbst wenn dieser Tag „nur“ der Gedenktag anderer (also nicht-nationalsozialistischer) Ideologien wäre: Wie fasst man an einem Tag würdig das Gedenken an die „wissentlich herbeigeführte Hungersnot von 1932/1933 in der Ukraine“, an die „faschistischen Regime“ Griechenlands, Spaniens und Portugals, an die „totalitären und undemokratischen kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa“, an „die jüngsten Verbrechen gegen die Menschheit und Akte von Völkermord in Europa noch im Juli 1995“ zusammen? Der Tag ist aber laut Beschluss des Europaparlaments darüber hinaus zu begehen im Bewusstsein, „dass der einzigartige Charakter des Holocaust nichtsdestoweniger anerkannt werden muss.“²³

Allen Verbrechen, allen Opfern solle auf einmal gedacht werden, weil „Europa erst dann vereint sein wird, wenn es imstande ist, zu einer gemeinsamen Sicht seiner Geschichte zu gelangen, Nazismus, Stalinismus und faschistische sowie kommunistische Regime als gemeinsames Erbe anerkennt und eine ehrliche und tiefgreifende Debatte über deren Verbrechen im vergangenen Jahrhundert führt.“²⁴ Richtig und aller Anstrengung wert – wenn statt „einer gemeinsamen Sicht“ ein gemeinsamer Diskurs oder sogar nur eine gemeinsame Diskursbereitschaft gefordert würde, und zwar an vielen Gedenktagen, um das Appell-Zitat von Christine Fischer-Defoy von 1994 wieder aufzugreifen. Es ist deshalb sehr fraglich, ob „eine ehrliche und tiefgreifende Debatte“ mit der vorliegenden überfrachteten Resolution tatsächlich befördert werden sollte und/oder befördert wurde.

Auf dem Steinplatz soll zukünftig einmal im Monat eine größere Veranstaltung stattfinden. Das Aktive Museum und andere Träger*innen historisch-politischer Bildung, so die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, „Sie waren Nachbarn“ e.V., das Anne Frank

Zentrum und die Amadeu Antonio Stiftung engagierten sich kürzlich mit Ständen und Aktivitäten am 11. Mai beim Europafest. Anlass waren der Europatag (9. Mai) und die Europawahl (26. Mai), organisiert wurde das Fest vom Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Kultur und Europa und der Landeszentrale für politische Bildung. Der seit November 2016 amtierende Baustadtrat des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf, Oliver Schruoffeneger, sagte jüngst, dass für dieses Jahr noch Veranstaltungen zu „Fair Trade“, „Wegwerfgesellschaft“ und im November zum 30-jährigen Jubiläum des Mauerfalls geplant seien.²⁵

Der Beschluss des Europaparlaments für einen „Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ spielt für die Veranstaltungsplanung auf dem Steinplatz also noch keine Rolle. Im Mitgliederrundbrief des Aktiven Museums vom Januar 2011 gab Gerhard Schoenberger seinem kritischen Kommentar zu diesem Europaparlaments-Beschluss einen für Berliner*innen einprägsamen Titel: „Die Straße des 23. August“. Nicht als Straße, aber eben als Platz bietet der Steinplatz nach seiner Umgestaltung das zu diesem Datum passende Bild. Am 23. August 2019 selbst wird sich zeigen, ob Kerzen, Blumen und Kränze an beiden oder an einzelnen Steinen zu sehen sein werden und der landschaftsarchitektonischen Revitalisierung des Totalitarismus eine des Gedenkens folgt.

Eike Stegen

Eike Stegen, Historiker und Politikwissenschaftler, ist Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

1) Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf: Pressemitteilung vom 14.8.2018.

2) Steinplatz meets Campus. Minimalinvasive landschaftsarchitektonische Umgestaltung. Studentischer Wettbewerb. Berlin 2015. S. 2.

3) a.a.O., S. 13-14 (Verfasserin: Tatjana Busch, Titel: Steinplatz meets Campus).

- 4) a.a.O., S. 19-20 (Verfasserin: Susanne Heimrich. Titel: Steinplatz meets Campus – minimalinvasive landschaftliche Umgestaltung).
- 5) a.a.O., S. 17-18 (Verfasserinnen: Karolina Hasenstab, Agnes Jacquin, Lena Mosel. Titel: Steinbruch – neue Perspektiven für den Steinplatz).
- 6) a.a.O., S. 5-6. Interview mit Gieseke, Malzahn, Rauch: <http://www.campus-charlottenburg.org/index.php?id=192> (aufgerufen am 7.7.2019).
- 7) Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf: Pressemitteilung vom 14.8.2018.
- 8) Dobberke, Cay: Steinplatz in der City West soll attraktiver werden. Tagesspiegel, 9.9.2016.
- 9) Zitate von der Website des Projekts: <https://www.steinplatz-reloaded.com> (aufgerufen am 7.7.2019).
- 10) zu Cemal Kemal Altun, Talât Pascha, Soghomon Tehlirian s. die entsprechende Einträge von Stegen, Eike: <https://flucht-exil-verfolgung.de/de> (aufgerufen am 7.7.2019).
- 11) Aktives Museum, Mitgliederrundbrief 23 (1994), S. 18.
- 12) Schoenberner, Gerhard: Die Straße des 23. August. In: Aktives Museum, Mitgliederrundbrief 64 (Januar 2011), S. 8.
- 13) Endlich, Stefanie u.a. (Hg.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Bd 2. Bonn 1999. S. 169.
- 14) Ausführlich zum Stein für die Opfer des Stalinismus und zur Vereinigung der Opfer des Stalinismus: Zolldan, David: Steinplatz. <https://flucht-exil-verfolgung.de/de/ort/steinplatz> (aufgerufen am 7.7.2019).
- 15) Freiheitsglocke. Berlin, Juli/August 2018, 68. Jg., Nr. 789/90, S. 24. Das diesjährige Gedenken zum 17. Juni kommentiert mit Video vor Ort der so genannte Volkslehrer, ein rechtsradikaler ehemaliger Lehrer. Er empört sich, dass der „Arbeitskreis 17. Juni“ (wie zuvor bisweilen die VOS) zum 17. Juni auch einen Kranz am Stein für die Opfer des Nationalsozialismus ablegte: <https://volkslehrer.info/videoarchiv/2019/6/29/die-brd-gedenkt-der-opfer-des-stalinismus> (aufgerufen am 7.7.2019). Obwohl er die Gedenksteine schon früher besuchte und kritisierte, spricht er die Neugestaltung in seinem Video nicht an.
- 16) wie Fußnote 12, ebenso ausführlich und mit weiteren Quellenangaben zum Stein für die Opfer des Nationalsozialismus: Zolldan, David: Steinplatz. <https://flucht-exil-verfolgung.de/de/ort/steinplatz> (aufgerufen am 7.7.2019).
- 17) zahlreiche Abb. bei Endlich, Stefanie (wie Fußnote 11).
- 18) Beaugrand, Günter: Zeitzeuge am Redaktionstisch. In: Historisch-Politische Mitteilungen. Band 4, Nr. 1, S. 265: Der Autor sah die BVN-Gründung am 4.2.1950 „getragen durch das Engagement christlich-demokratischer Mitglieder der VVN“.
- 19) a.a.O., S. 277.
- 20) VVN-Nachrichten 13/1949, zitiert nach: a.a.O., S. 274.
- 21) Kühling, Gerd: Die „Hakenkreuz-Schmierwelle“ in Berlin 1960. In: Aktives Museum, Mitgliederrundbrief 80 (Januar 2019), S. 11.
- 22) Lehming, Malte: Das Verbrechen darf nicht mystifiziert werden. In: Tagesspiegel, 27.1.2019.
- 23) alle Zitate aus: Entschließung des EU-Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0213+0+-DOC+XML+V0//DE> (aufgerufen am 7.7.2019).
- 24) a.a.O.
- 25) Dobberke, Cay: Schluss mit Langeweile auf dem Steinplatz. In: Tagesspiegel, 23.3.2019. Siebert, Philipp: Nach Umgestaltung: Veranstaltungen sollen mehr Menschen zum Steinplatz locken. In: Berliner Morgenpost, 13.4.2019. Vgl. auch den Auftritt des Steinplatzes als Eventlocation im Netz: <http://steinplatz.berlin> (aufgerufen am 7.7.2019).